

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXVI. Jahrgang, Nr. 4

April 1963

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich	137
Der Benzinabsatz und seine Deckung	144
Die Strukturkrise des österreichischen Kohlenbergbaues	150
Die Saisonschwankung der Beschäftigung in Österreich	154
Der Kreditmarkt in der Konjunkturabschwächung	159
Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen	

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Expansives Budget 1963 — Stagnierende Industrieproduktion — Kräftiges Anlaufen der Bausaison — Verteuerung wichtiger Grundnahrungsmittel

Die Bundesregierung legte am 3. April den Entwurf zum *Bundesfinanzgesetz 1963* im Nationalrat vor¹⁾. Er enthält Ausgaben von 59 07 Mrd. S (davon 56 29 Mrd. S in der ordentlichen und 2 78 Mrd. S in der außerordentlichen Gebarung) und Einnahmen von 55 71 Mrd. S. Der Gesamt- abgang von 3 36 Mrd. S soll, soweit er nicht durch Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen verringert werden kann, durch Kredite gedeckt werden. Das neue Budget ersetzt das Provisorium, auf Grund dessen der Staatshaushalt in den ersten vier Monaten 1963 geführt wurde. (Eine termingerechte Budgetvorlage war wegen der Nationalratswahlen im November und der langwierigen Verhandlungen über die neue Regierung nicht möglich.)

Die Erstellung des Budgets war nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen besonders schwierig. Im Konjunkturaufschwung bis Mitte 1961 und während der extremen Vollbeschäftigung nachher sind

die Einkommen in konjunkturbegünstigten Bereichen kräftiger gestiegen, wogegen andere soziale Gruppen ins Hintertreffen gerieten. Dazu gehörten etwa die Pensionisten der Sozialversicherung, die Staatsbediensteten und Personen, die aus Produktion und Verteilung preis geregelter Waren ihren Erwerb ziehen (Landwirte, Nahrungsmittelarbeiter, Nahrungsmittelbetriebe). Eine Nachziehung dieser Einkommen war auf die Dauer unvermeidlich. In der Sozialversicherung wurde bereits in den letzten Jahren mit einer großzügigen „Rentenreform“ begonnen, ihre dritte Etappe wurde am 1. Jänner 1963 wirksam. Ähnliches gilt für die Kinder- und Familienzulagen. Den Landwirten wurde im Vorjahr eine Verbilligung von Treibstoff zugesagt, sie konnten außerdem im Zuge der Regierungsverhandlungen zusätzliche Milchpreisstützungen durchsetzen. Die im Budget vorgesehenen Subventionen ermöglichen — sofern die Produktion nicht ausgeweitet wird — eine Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch um 20 Groschen je Liter. Auch die schwierige Lage der Nahrungsmittelindustrie (Zuckerindustrie, Molkereien, Brotindustrie) drängte zu einer Lösung

¹⁾ Eine ausführliche Besprechung des Voranschlags 1963 und des Rechnungsabschlusses 1962 folgt in Heft 5 der Monatsberichte.

Die Wirtschaftspolitik hat sich entschieden, diese Einkommensforderungen teils auf Kosten des Staates, teils auf Kosten der Konsumenten zu finanzieren. Die Überwälzung der Lasten auf den Staat stößt auf Schwierigkeiten, da seine Einnahmen infolge der mäßigen Konjunktur nur spärlich fließen und andere konjunktur- und staatspolitisch vordringliche Aufgaben erfüllt werden müssen. Die Schwäche auf den Investitionsgütermärkten legt zusätzliche öffentliche Aufträge nahe. Die seit Jahren zu knappen Aufwendungen für Kultur (Schulen) und Landesverteidigung müssen erhöht oder dürfen zumindest nicht gekürzt werden. Die Wirtschaftspolitik hat sich schließlich zu folgenden Lösungen durchgerungen: die Einkommenserhöhungen im Bereich der Grundnahrungsmittel wurden teilweise auf die Konsumentenpreise überwälzt und teilweise durch zusätzliche Subventionen aufgefangen. Zucker wurde ab 1. April um 10% bis 14% teurer, die Preise für Trinkmilch und Butter werden ab 1. Mai um 14% bis 17% (40 Groschen je Liter) und 5% (160 Groschen je kg) erhöht, Brot soll um 12% (50 Groschen je kg), Mehl und Grieß um 5% bis 10% teurer werden. Die Verbraucherpreisindizes werden dadurch um etwa 1½% steigen. Ferner werden verschiedene Verbrauchsteuern (Biersteuer, Monopolabgabe für Trinkbranntwein, Kraftfahrzeugsteuer), die Ausgleichsteuer, die Vermögensteuer (für 1963 und 1964 um 50%) und die Beiträge zur Pensionsversicherung (um je ½% am 1. Mai 1963 und am 1. Jänner 1964) erhöht. Länder und Gemeinden werden dem Bund ein „Notopfer“ von 520 Mill. S (davon 170 Mill. S bis Februar 1964 gestundet) zur Verfügung stellen. Schließlich sollen 650 Mill. S in der Verwaltung eingespart werden (Kürzung der Anlagen und Förderungen um 20% und des Verwaltungsaufwandes um 5% gegenüber dem Voranschlag 1962).

Trotz diesen Maßnahmen und obwohl die Forderungen der Beamten zunächst aufgeschoben wurden, klafft im Voranschlag eine Lücke. Der Gesamtabgang ist mit 3,4 Mrd. S doppelt so hoch wie im Vorjahr (1,7 Mrd. S) und um 1,8 Mrd. S größer als die im ordentlichen Haushalt verrechneten Ausgaben für Schuldentilgung. Das Ausweichen in ein mäßiges Budgetdefizit kann in der gegenwärtigen Wirtschaftslage konjunkturpolitisch vertreten werden. Die österreichische Wirtschaft braucht neue Impulse, um die Stagnationserscheinungen zu überwinden. (Die prekäre Preis- und Lohnsituation spricht nicht dagegen, da sie nicht primär von der Nachfrageseite ausgeht und daher durch nachfrage-dämpfende Maßnahmen nur schwer und jedenfalls

nur auf Kosten des wirtschaftlichen Wachstums entspannt werden könnte.) Das Budget 1963 ist jedoch deshalb problematisch, weil das Defizit nicht das Ergebnis konjunkturpolitischer Entscheidungen ist. Es nimmt nicht genügend auf den Unterschied der Konjunktur im Konsumgüter- und Investitionsgüterbereich Bedacht, sondern wurde durch die anhaltend steigende Tendenz der öffentlichen Ausgaben erzwungen. Während das Nationalprodukt 1963 voraussichtlich nur geringfügig wachsen wird, werden die Staatsausgaben ähnlich wie in den letzten beiden Jahren um 10% steigen. Eine Anpassung der Staatsausgaben an das langfristige Wachstum des Nationalproduktes wird eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft sein. Sie kann allerdings nicht von der Budgetpolitik allein gelöst werden, sondern erfordert eine Abstimmung der Einkommensansprüche aller sozialen Gruppen mit dem Nationalprodukt.

Mit dem wärmeren Wetter verbesserte sich die Situation auf dem *Arbeitsmarkt*. Die *Beschäftigung* in Wirtschaft und Verwaltung nahm im März mit 32.500 stärker zu als im Vorjahr (22.000) und erreichte einen Stand von 2.279.200. Die Vorjahreszahl wurde indes noch immer um 14.800 unterschritten. Die Land- und Forstwirtschaft beschäftigte im Februar 98.200 Unselbständige, um 3.600 weniger als im Jänner und um 11.000 weniger als im Vorjahr. Die Abnahme war infolge der Witterung höher als 1962 und 1961. Die Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft war mit 1.819.400 um 7.100 ebenfalls niedriger als im Jänner und lag erstmals seit Jahren unter dem Stand des Vorjahres (um 19.400). Die *Arbeitslosigkeit* sank im März um 51.600 auf 105.900 und war um 13.200 oder 14,2% höher als im Vorjahr. Die Rate der Arbeitslosigkeit betrug 4,4%, gegen 3,9% im März 1962. Die Arbeitslosigkeit ging in allen Berufsgruppen zurück, blieb jedoch durchwegs höher als im Vorjahr. Bei den Holzarbeitern war sie um 60%, bei den Metallarbeitern und Elektrikern um 46% höher als 1962. Mehr als die Hälfte des Zuwachses an Arbeitssuchenden (7.100) entfiel auf Saisonberufe (Land- und Forstwirtschaft, Steinarbeiter, Bauberufe, Holzverarbeitung und Gastgewerbe). Mit Ausnahme des Burgenlandes war die Arbeitslosigkeit in allen Bundesländern höher als im Vorjahr. Die Zahl der *offenen Stellen* hat im März um 11.800 am stärksten seit Jahren zugenommen und lag mit 47.100 nur noch um 1.000 unter dem Vorjahr. In der ersten Aprilhälfte sank die Zahl der Arbeitssuchenden um weitere 31.000 und war nur noch um 8.000 höher als im Vorjahr.

Arbeitsmarkt

Stand	März 1963 Veränderung gegen	
	Vormonat 1.000 Personen	Vorjahr
Beschäftigte	2 279 2	+ 32 5 — 14 8
Arbeitsuchende	105 9	— 51 6 + 13 2
Offene Stellen	47 1	+ 11 8 — 1 0

Industrieproduktion

	Dezember 1962 Veränderung gegen Vorjahr %	
	Jänner 1963	
Bergbau und Grundstoffe	— 0 7	+ 0 9
Elektrizität	+ 11 4	+ 17 2
Investitionsgüter	— 5 2	— 6 5
Konsumgüter	+ 3 6	+ 3 3
Insgesamt	+ 0 1	+ 0 7

Die *Industrieproduktion* stagniert. Sie war im Jänner, ähnlich wie im Dezember, nur wenig höher als im Vorjahr (+0,7%). Nur 11 von 23 im Produktionsindex vertretenen Branchen überschritten (zum Teil nur knapp) das Vorjahresergebnis. Die geringe Zunahme des Gesamtindex kam hauptsächlich dadurch zustande, daß witterungsbedingt bedeutend mehr Erdölprodukte (+23,0%), Elektrizität (+17,2%) und Glanzkohle erzeugt wurden als 1962. Ohne Elektrizität, Bergbau und Grundstoffe lag die Industrieproduktion um 0,8% unter dem Vorjahr, da die Investitionsgüterproduktion um 6,5% niedriger, die Konsumgütererzeugung aber nur um 3,3% höher war. In allen Investitionsgüterbereichen wurde weniger produziert (Vorprodukte —6,3%, Baustoffe 3,3%, fertige Investitionsgüter —7,4%). Die Produktionsrückgänge bei fertigen Investitionsgütern schwankten zwischen —6,2% (Fahrzeugproduktion) und —9,3% (Eisen- und Metallwaren). Nur die Produktion von Elektromaschinen stieg geringfügig um 0,8%. Im Konsumgüterbereich nahm die Erzeugung von Nahrungs- und Genussmitteln stark zu (+12,6%), dagegen hielt die Schwäche bei den dauerhaften Konsumgütern an (—6,3%). Am stärksten sank die Produktion von Elektrogeräten (—18,0%). Die Bekleidungsindustrie stagnierte (—0,4%). Die Verbrauchsgütererzeugung nahm mit 6,2% ziemlich kräftig zu, insbesondere stieg die Produktion in der Papierverarbeitung (+11,6%) und in der Glaserzeugung (+5,2%). Das insgesamt schwache Produktionswachstum im Jänner war zum Teil durch den stärkeren Rückgang der österreichischen Exporte gegen das Vorjahr (—3,4%) bedingt. Da im Februar die Exporte bereits wieder um 2,3% über dem Vorjahr lagen, dürfte sich auch die Industrieproduktion wieder leicht belebt haben.

Die *Landwirtschaft* erreichte in langwierigen Verhandlungen eine bedingte Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch um 20 Groschen je Liter (Mehrerlös 370 Mill. S). Weiters werden aus Budgetmitteln 450 Mill. S für den „Grünen Plan“ 1963 sowie 180 Mill. S für die Treibstoffverbilligung bereitgestellt und die Kompetenzen des Landwirtschaftsministeriums in Fragen des Agriarexportes erweitert. Mit der Frühjahrsbestellung konnte erst im April be-

gonnen werden. Obwohl sich die Herbstsaaten infolge später Aussaat und tiefer Wintertemperaturen nur schwach entwickeln konnten, verhinderte eine ausreichende Schneedecke größere Schäden. Bisher haben sich die Pflanzen aber nur gering bestockt, die Vegetation blieb zurück. An Wein ist bestenfalls eine Mittelernte zu erwarten, da die Rebstöcke unter Frost gelitten haben. Im Februar brachte die Landwirtschaft um 8% weniger Brotgetreide, aber um 4% und 6% mehr Milch und Fleisch auf den Markt als im Vorjahr. Die steigende Tendenz der Rinder- und Kälberproduktion hält an. Die Rinderausfuhr erreichte mit 14.400 Stück einen neuen Rekord. Das österreichische Vieh wurde überwiegend in Italien abgesetzt. Die italienische Regierung hat im I. Quartal Einfuhrlicenzen für insgesamt 171.000 Rinder erteilt; im gleichen Quartal des Vorjahres waren nur 7.000 zugelassen worden. Um einer Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche vorzubeugen, unterblieb die vierteljährliche Schweinezählung im März. Da die Schweine- und Ferkelpreise im letzten Winter einen Anreiz zu vermehrter Nachzucht boten, dürfte der Bestandsrückgang von Dezember bis März nicht das saisonübliche Ausmaß (—13%) erreicht haben. Das Institut schätzt den Schweinebestand auf 2,61 Mill., gegen 2,70 Mill. ein Jahr vorher (—3%). Im Dezember und September hatte der Rückstand gegen das Vorjahr noch 5% und 7% betragen. Da der Marktzwang für Wien seit April aufgehoben ist, wird der Direkteinkauf beim Produzenten wieder möglich. Der Fixpreis, zu dem ausländischer Futtermais abgegeben wird, wurde mit 1. April um 10 Groschen auf 2,15 S je kg erhöht. Der Importpreis liegt unter dem Inlandspreis und wird auf das Inlandsniveau hinaufgeschleust. Mit der Preiserhöhung steigen die Einnahmen aus der Abschöpfung. Da Österreich durchschnittlich 500.000 t oder 40% der Eigenproduktion an Futtergetreide importiert, bestimmt der Fixpreis für ausländisches Getreide weitgehend auch den freien Preis des heimischen Produktes. Es ist jedoch fraglich, ob die geringe Verteuerung genügend Anreiz zur Ausweitung des Futtergetreideanbaues bieten und die Brotgetreideüberschüsse verringern wird.

Landwirtschaft

	Jänner	1963 Veränderung gegen Vorjahr %	Februar
	Brotgetreide	- 28,6	
Milch	+ 4,1		+ 4,5
Fleisch	+ 2,5		+ 6,5

Mit der mildereren Witterung begann sich auch die *Energielage* wieder zu normalisieren. Die Nachfrage nach Kohle und Erdölprodukten ist anhaltend lebhaft, weil die Verbraucher (vornehmlich Industrie und Handel) ihre Lagerbestände auffüllen. Die Zufuhr an festen und flüssigen Brennstoffen blieb im Jänner und Februar teilweise weit hinter dem Verbrauch zurück, so daß sich die Vorräte stark gelichtet haben. Besonders die Versorgung mit Erdölprodukten wurde durch die Einstellung der Donauschiffahrt zwischen Ende Dezember 1962 und 10. März 1963 empfindlich gestört. Im Februar bezogen die Verbraucher um 8% mehr Erdölprodukte und um je 16% mehr Kohle und Erdgas als 1962. Die Erzeugungsmöglichkeiten der Laufkraftwerke waren im Februar um 35% geringer als im Regelmäßig. Inzwischen ist das Wasserdargebot wieder viel reichlicher. Die Wasservorräte der Speicherkraftwerke werden allerdings erst im Mai wieder stärker zunehmen, wenn die Schneeschmelze auf höhere Regionen übergreift. Ende Februar waren die Speicher nur noch zu knapp 19% gefüllt. Insgesamt wurde im Februar um 4% mehr Strom als 1962 erzeugt, wobei die Leistung der Dampfkraftwerke um 61% höher, die der Wasserkraftwerke um 33% niedriger war. Die Kohlerzeugung stieg um 47%. Es wurde um 60% mehr Braunkohle und um 46% mehr Steinkohle gefördert. Die Erdölförderung konnte um 47%, die Erdgasförderung um 152% gesteigert werden. Am 20. März wurde eine neue Sonde nordwestlich von Gänserndorf mit einem durchschnittlichen Tageszufluß von rund 300 t in Betrieb genommen.

Energieverbrauch

	Jänner	1963 Veränderung gegen Vorjahr %	Februar
	Kohle	+ 3,9	
Elektrizität ¹⁾	- 16,3		- 22,7
Erdölprodukte	+ 6,2		+ 8,4
Erdgas	+ 18,6		+ 16,2
Insgesamt	+ 1,9		+ 6,3

¹⁾ Wasserkraftstrom

Die *Verkehrsleistungen* im Februar waren saisonüblich schwächer als im Jänner. Der Güterverkehr war insgesamt um 7% niedriger als im Jänner. Die Donauschiffahrt mußte im Februar eingestellt werden, die Kohlenimporte wurden per Bahn trans-

portiert. Obwohl die ÖBB für Baustoffe, Erze, Holz und Eisen weniger Transportraum benötigten, stieg der Güterverkehr dank den vermehrten Kohlentransporten gegen das Vorjahr um 36%. Der Ausfall der Donauschiffahrt wurde jedoch durch die Zunahme im Bahnverkehr nicht voll kompensiert, Bahn und Schifffahrt zusammen transportierten um knapp 8% weniger Güter als 1962. Dank der Leistungssteigerung im Straßenverkehr (+2%) wurde der Gesamtrückgang auf 4% vermindert. Der Personenverkehr auf der Bahn nahm im Februar um 10% ab. Da der Individualverkehr infolge des Frostes um 5% abnahm, wurden die Massenverkehrsmittel stärker frequentiert. Seit dem Vorjahr nahm die Bahnleistung um 15%, die Beförderung auf Überlandomnibussen um 9% zu. Die Personenkraftwagen-Neuzulassungen waren um 23% geringer als 1962.

Verkehr

	Jänner	1963 Veränderung gegen Vorjahr %	Februar
	Güterverkehr (Bahn und Schiff)	- 4,4	
Personenverkehr (Bahn und Omnibusse)	+ 15,9		+ 13,5
Neuzulassungen von Personenkraftwagen	- 11,4		- 22,6

Der *Einzelhandel* entwickelte sich im Februar im Durchschnitt saisongemäß. Seine Umsätze, die sich gewöhnlich von Jänner auf Februar kaum verändern, nahmen heuer um 1/2% zu. Die Umsätze des Vorjahres wurden bei gleicher Zahl von Verkaufstagen und Samstagen um 8% (real um etwa 3%) übertroffen, gegen 7% (4%) im Jänner. Im Monatsdurchschnitt 1962 hatte die Zuwachsrate 10% (6%) betragen. Die geringeren Umsatzzuwächse im Einzelhandel seit Anfang des Jahres gehen teilweise auf die etwas schwächere Zunahme der Masseneinkommen zurück, teilweise sind sie eine Folge des strengen Winters, der den Bedarf an Heizmaterial stark steigerte und die Konsumenten zwang, bei anderen weniger dringlichen Bedürfnissen zu sparen. Außerdem dürfte die außergewöhnliche Kälte die Kauflust beeinträchtigt haben. Das relativ schwache Ergebnis der Winterschlußverkäufe und der Weißen Wochen deutet darauf hin. Am schwächsten war die Nachfrage nach Bekleidung und Einrichtungsgegenständen. Textilien wurden um 7% (real um etwa 8%), Schuhe um 9% (10%), Einrichtungsgegenstände und Hausrat um 2% (5%) weniger gekauft als im Vorjahr. Im Jänner waren die Umsätze des Vorjahres noch um 1% bis 4% übertroffen worden, im Monatsdurchschnitt 1962 lag der Umsatzzuwachs in

diesen Branchen zwischen 2% (Einrichtungsgegenstände und Hausrat) und 10% (Schuhe) Dagegen haben die Käufe von Lebensmitteln überdurchschnittlich stark gegen das Vorjahr zugenommen (nominell +12%, real +5%). Trotzdem war die Zuwachsrate in den ersten beiden Monaten 1963 (11% und 5%) geringer als im Monatsdurchschnitt 1962 (14% und 7%). Verhältnismäßig gut gingen auch die unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Waren. Ihre Umsätze waren um 8% (real um etwa 4%) höher als im Vorjahr, gegen 5% (1%) im Jänner und 8% (5%) im Monatsdurchschnitt 1962.

Einzelhandelsumsätze

	Jänner 1963 Veränderung gegen Vorjahr %	Februar 1963 Veränderung gegen Vorjahr %
Kurzlebige Güter	+ 8.1	+ 9.0
Langlebige Güter	+ 2.1	- 2.1
Insgesamt	+ 7.4	+ 7.6

Das Wachstum im *Außenhandel* war wie in den Vormonaten vorwiegend den Fertigwaren zu danken. Die *Ausfuhr* stieg im Februar um 10.8% auf 2.496 Mill. S. Die Zunahme der Fertigwareneporte (+73 Mill. S) überstieg die Gesamtzunahme (+55 Mill. S), da weniger Rohstoffe (-65 Mill. S) und Halbfertigwaren (-9 Mill. S) ausgeführt wurden als vor einem Jahr. Der Anteil der Fertigwaren stieg auf 51%, gegen 49% im Vorjahr. Nach dem starken Rückgang im Jänner (infolge Verringerung der Exportrückvergütungssätze ab 1. Jänner 1963 wurde ein Teil der Exporte vorverlegt, so daß das Jännerergebnis um 3.4% hinter dem Vorjahr zurückblieb) war die Ausfuhr im Februar wieder um 2.3% höher als 1962. Das entspricht der relativ niedrigen Zuwachsrate vom III. Quartal 1962. Im IV. Quartal hatte sie infolge Vorverlegung von Exporten, einem günstigen Weihnachtsgeschäft und größeren Auslieferungen an Osteuropa +7.2% betragen. Im Vergleich zum Vormonat ging die Ausfuhr nur im Rohstoffbereich zurück, vor allem weil die Brennstoffexporte um 19 Mill. S (-31%) sanken. Abgesehen von einem leichten Rückgang des Papierzeugexportes (-2 Mill. S) konnten die meisten anderen Rohstoffe in größerem Umfang exportiert werden. In den übrigen Bereichen waren die Zunahmen breit gestreut. Hohe Zuwachsraten gab es bei Lebendvieh (+26%), das den hohen Exportwert von 95 Mill. S erreichte, bei Textilien (+20%), Maschinen und Verkehrsmitteln (+19%) und Konsumfertigwaren („Sonstige Fertigwaren“: +17%). Der Eisen- und Stahllexport erholte sich

von seinem Tiefpunkt im Jänner (356.8 Mill. S) und stieg um 17% auf 415.9 Mill. S; er war aber noch immer um 7% niedriger als im Februar 1962. Der Holzexport lag infolge schwierigerer Aufbringung und wegen Verzögerung der Bausaison um 23% unter dem Vorjahresniveau. Die Anteile der Dollarländer, Osteuropas und einiger Überseestaaten an der Ausfuhr waren höher als im Jänner, der Anteil der EFTA (17.6% einschließlich Finnland) und der EWG (49%) dagegen etwas niedriger. Absolut wurde jedoch auch in diese beiden Regionen im Februar mehr exportiert als im Jänner. Im Vergleich zum Vorjahr (EFTA: 16.8%, EWG: 49.6%) ist der EFTA-Anteil leicht gestiegen und der EWG-Anteil leicht gefallen.

Die *Einfuhr*, die im Jänner ungewöhnlich stark gestiegen war, sank im Februar um 11% auf 3.162 Mill. S und war damit um 4.2% höher als im Vorjahr (Jänner: +6.6%). Von der Zunahme gegen das Vorjahr um insgesamt 126 Mill. S entfielen allein 99 Mill. S (79%) auf die Fertigwareneinfuhr. Ihr Anteil war höher als im Vorjahr (48% gegen 46%). Die Fertigwaren haben somit in Ein- und Ausfuhr ihre Anteile erhöht. Im Vergleich zum Jänner ging die Einfuhr fast allgemein zurück. Höhere Importe gab es nur in wenigen Fällen, wie bei Brennstoffen, Bekleidung (saisonbedingt) und Verkehrsmitteln. Das Niveau von Februar 1962 wurde jedoch meist überschritten. Der leichte Rückgang der Maschinenimporte um 6 Mill. S (-2%) sowie die Stagnation der Einfuhr von Eisen, Stahl und anderen Metallen deuten auf eine anhaltend schwache Investitionsneigung hin. In der Rohstoffgruppe war die Einfuhr niedriger, hauptsächlich, weil die Erz- und Schrottimporte auf den ungewöhnlich tiefen Stand von 14.8 Mill. S sanken (Jänner: 36.1 Mill. S, Durchschnitt 1962: 67.8 Mill. S). Die hohen Fertigwarenimporte verstärkten im Februar die Bedeutung der westeuropäischen Lieferanten. Der EFTA- und der EWG-Anteil an der Einfuhr waren mit 14.6% (einschließlich Finnland) und 60.7% höher als im Jänner (14.5% und 54.8%) und auch höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres (13.4% und 58.4%). Dagegen fielen die Anteile Nordamerikas und Osteuropas, da vor allem weniger Getreide und Rohstoffe bezogen wurden.

Außenhandel

	Jänner 1963		Februar 1963	
	Mill. S	Veränderung gegen Vorjahr %	Mill. S	Veränderung gegen Vorjahr %
Ausfuhr	2.253	+ 3.4	2.496	+ 2.3
Einfuhr	3.553	+ 6.6	3.162	+ 4.2
Handelsbilanz	-1.300	-29.9	-666	+ 11.9

Der *Einfuhrüberschuß* sank auf nahezu die Hälfte des Höchstwertes im Jänner (666 Mill. S gegen 1 300 Mill. S). Die Deviseneinnahmen aus dem *Ausländerfremdenverkehr* stiegen im Februar infolge Vorauszahlungen auf (brutto) 620 Mill. S und waren um 18% höher als im Vorjahr. Infolge der Kälte wurden im Ausländerverkehr um 6% und im Inländerverkehr um 4% weniger Übernachtungen als im Vorjahr gezählt. Die Devisenausgaben für Auslandsreisen von Österreichern waren mit 78 Mill. S zwar niedriger als im Jänner (—26 8%), lagen jedoch bedeutend über dem Vorjahresstand (+22 9%). Die valutarischen Reserven der Oesterreichischen Nationalbank, die im Februar um 262 Mill. S zugenommen hatten, sanken im März um 85 Mill. S auf 26.958 Mill. S; sie waren um 5.368 Mill. S höher als im Vorjahr.

Die Liquidität des *Kreditapparates* stieg weiter. Die Nettoposition nahm im März um 43 Mill. S auf 5 885 Mill. S zu. Die Nationalbankverschuldung wurde um 12 Mill. S abgebaut, die Einlagen bei der Nationalbank um 31 Mill. S erhöht. Die Mindestreservenüberschüsse betragen im Februar 2.305 Mill. S, gegen 1.811 Mill. S im Jänner. Das kommerzielle Kreditvolumen stieg um 487 Mill. S, schwächer als im Jänner (+861 Mill. S), aber stärker als im Vorjahr (+215 Mill. S). Mehr Kredite wurden vor allem von den kleineren Gruppen (Bankiers, Hypothekenanstalten, Sonderkreditunternehmen) gewährt. Die Kreditplafonds laut Kreditkontrollabkommen wurden insgesamt um 4 257 Mill. S unterschritten. Die Überschreitungen waren mit 194 Mill. S weiter sehr gering. Die Wertpapieranlagen gingen um 21 Mill. S zurück (Jänner: —81 Mill. S, Februar 1962: —175 Mill. S). Die Zunahme der Spareinlagen um 796 Mill. S übertraf das günstige Vorjahresergebnis (+678 Mill. S). Die Termineinlagen stiegen um 102 Mill. S (1962: +116 Mill. S), an eigenen Emissionen wurden 108 Mill. S (49 Mill. S) abgesetzt. 92 Mill. S entfielen auf langfristige Papiere (Pfandbriefe, Kommunalobligationen), 16 Mill. S auf mittelfristige (Kassenobligationen, Namensobligationen von Bausparkassen). Der Zufluß längerfristiger Mittel (insgesamt 1 008 Mill. S) war mehr als doppelt so hoch wie die Anlagen (420 Mill. S). Das Geldvolumen stieg um 10 Mill. S auf 40 16 Mrd. S, wobei der Bargeldumlauf um 568 Mill. S zunahm und das Giralgeld um 558 Mill. S abnahm.

Auf dem *Aktienmarkt* sind die Kurse im März wieder gestiegen, der Gesamt-Aktienkursindex um 2 0% (Februar: —1 9%), die Kurse der Industrieaktien um 2 6% (—2 1%). Die Börsenumsätze wa-

ren mit 21 9 Mill. S etwas höher als im Februar (17 1 Mill. S), lagen aber wieder beträchtlich unter dem Vorjahr (84 0 Mill. S). Die Kurse der Anleihen stiegen weiter, wobei die Kurssteigerung auch auf Bankenemissionen übergriff. Die Hochwasserschäden-Fonds-Anleihe von 300 Mill. S (6 5%, Emissionskurs 98) wurde trotz vorzeitigem Zeichnungsschluß überzeichnet. Die Börsenumsätze festverzinslicher Werte übertrafen mit 55 3 Mill. S sowohl das Ergebnis des Vorjahres (31 5 Mill. S) als auch das des Vormonats (49 3 Mrd. S).

Währung

Fremdmittelzuwachs	Februar		Anlagen	Februar	
	1962	1963		1962	1963
	Mill. S			Mill. S	
Längerfristige Mittel	843	1 008	Kredite u Wertpapiere	600	—420
Geldvolumen	—282	10	Gold u Devisen	201	262
			Sonstige	—240	1.176
Insgesamt	561	1 018	Insgesamt	561	1.018

Der mäßige *Preisauftrieb*, der Ende 1962 neuerlich einsetzte, hielt weiter an. Neben Saisonprodukten wurden auch andere Nahrungsmittel teurer. Der *Index der Großhandelspreise* stieg von Mitte Februar bis Mitte März um 1 2% auf 927 (1938 = 100). Nahrungs- und Genußmittel (vor allem Kalbfleisch und Kartoffeln) wurden um 2 2% teurer, Industriestoffe hingegen um 0 1% billiger. Gegen das Vorjahr waren die Großhandelspreise um 0 4% niedriger (Nahrungs- und Genußmittel: —1 1%, Industriestoffe +0 5%). Der *Verbraucherpreisindex* (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) stieg von Mitte Februar bis Mitte März um 0 3% auf 113 7 (1958 = 100); er war um 3 4% höher als im Vorjahr. Da Verteuerungen verschiedener Nahrungsmittel (Gemüse, Obst, Kartoffeln, Fische, Käse) nur teilweise durch Verbilligungen (Eier, Schmalz) ausgeglichen wurden, stieg der Teilindex für Nahrungsmittel um 0 4%. Gemüse war nach dem Verbraucherpreisindex I um durchschnittlich ein Drittel, Obst um mehr als 10% teurer als im Vorjahr. Die Teilindizes für Bekleidung, Bildung, Unterricht und Erholung sowie für Wohnung erhöhten sich infolge kleinerer Preissteigerungen um 0 1% bis 0 2%. Nur der Teilindex für Körper- und Gesundheitspflege sank um 0 7% infolge von Verbilligungen elektrischer Rasierapparate. Ohne Saisonprodukte ist der Verbraucherpreisindex gegen Februar unverändert geblieben, er war um 1 2% höher als 1962.

Verteuerungen anderer wichtiger Nahrungs- und Genußmittel, die bereits wirksam wurden oder in Kürze erfolgen werden, sind in den Preisindizes noch nicht enthalten. Anfang April wurden die

Verbraucherpreise für Zucker um 10% bis 14% erhöht Anfang Mai soll Milch um 40 g je Liter (14% bis 17%) teurer werden. (Je 20 g pro Liter kommen den Molkereien und den Produzenten zugute.) Da die Erhöhung der Preiszugeständnisse an Erzeuger und Verbraucher nur teilweise deckt, wird der noch fehlende Betrag durch eine Erhöhung der Biersteuer um 11 g je Liter sowie durch Hinaufsetzung des Monopolpreises für Trinkbranntwein um 11% (4 S pro Liter) aufgebracht werden. Die Kleinhandelspreise für Butter werden um 1 60 S je kg (+5%), für Obers und Rahm um 80 g bis 2 S (8%) steigen. Über die beabsichtigte Erhöhung des Preises für Brot um 50 g (+13%) sowie für Mehl und Grieß um 22 g bis 27 g (5% bis 10%) je kg wurde noch nicht endgültig entschieden. Da noch nicht alle Preiserhöhungen genau feststehen und Rückwirkungen auf andere Preise zu erwarten sind, läßt sich die Auswirkung auf die Lebenshaltungskosten noch nicht exakt berechnen. Die Preiserhöhungen für Zucker, Milch, Butter und Brot allein (ohne Sekundärwirkungen) werden die Indizes der Verbraucherpreise um etwa 1 5% steigen lassen. Die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer Anfang Mai wird von den Preisindizes nicht erfaßt.

Die Lohnbewegung war weiterhin schwach. Die kollektivvertraglichen Löhne der Arbeiter in der Papierverarbeitung wurden Anfang Februar

um durchschnittlich 4% erhöht, die der Angestellten in der Papierindustrie und papierverarbeitenden Industrie Anfang März um 6% bis 12%. Einige wichtige Lohnforderungen sind indessen noch offen (Arbeiter im Bau- und Baunebengewerbe, öffentlich Bedienstete). Der Index der Arbeiter-Netto-Tariflöhne blieb im März unverändert; er war um 2 8% und 3 4% (mit und ohne Kinderbeihilfen) höher als im März 1962. Die Effektivverdienste der Wiener Arbeiter (ohne einmalige Zulagen) lagen im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar um 4% (netto) und 5% (brutto) je Woche höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres; die Brutto-Stundenlöhne lagen um 5 4% über dem Stand von 1962. Die Monatsverdienste der Arbeiter und Angestellten der österreichischen Industrie waren (einschließlich aller Zulagen) im gleichen Zeitraum brutto und netto um 4 8% und 5 7% höher.

Preise und Löhne

	Februar	März
	1963	
	Veränderung gegen Vorjahr	
	%	
Großhandelspreisindex	-0 8	-0 4
Verbraucherpreisindex I mit Saisonprodukten	+3 7	+3 4
ohne Saisonprodukte	+1 5	+1 2
Tariflöhne, Wien ¹⁾	+3 4	+2 8
Arbeiter-Wochenverdienste, Wien ¹⁾	+3 7	

¹⁾ Netto, einschl. Kinderbeihilfen.